

schätzen ihr Vermögen. So floss kein Vermögen aus Privatstiftungen in die Erhebung mit ein. Die dargestellten Zahlen und Verhältnisse stellen also eine Untergrenze der Ungleichverteilung des Vermögens dar. Bei einer erneuten Erhebung ist es deshalb unbedingt notwendig, so wie international üblich, gezielt mehr vermögensreiche Haushalte zu befragen, um auch die extrem reichen Haushalte zu erfassen.

Wie viel Vermögen wurde geerbt?

Erbschaften spielen eine wichtige Rolle in der Vermögensverteilung in Österreich. Etwa 15 Prozent aller Haushalte erben ihren Hauptwohnsitz. Bewertet nach dem Gegenwartswert 2010 summieren sich alle Erbschaften auf über 320 Mrd. Euro, also knapp ein Drittel des Gesamtvermögens. („Erbschaften österreichischer Haushalte“ siehe Seite 28)

Insgesamt hatten zum Befragungszeitpunkt 35 Prozent aller Haushalte Vermögen geerbt, vermögensreiche Haushalte erben allerdings wesentlich häufiger. Während von den vermögensärmsten 20 Prozent der Haushalte unter zehn Prozent erben, waren es bei den reichsten 20 Prozent schon fast zwei Drittel. Noch deutlicher wird der Unterschied bei der Höhe der Erbschaften. Für die vermögensärmsten 40 Prozent betrug das Erbe in der Mitte etwas über 14.000 Euro, während sich die mittleren Erbschaften der vermögensreichsten 20 Prozent um 240.000 Euro bewegten.

Es kann nicht präzise festgestellt werden, wie viel Ungleichheit eine Gesellschaft tatsächlich aushält oder als akzeptabel ansieht. Jedoch ist klar, in welche Richtung sich Österreich nach Meinung der Mehrheit der Menschen bewegen sollte: hin zu weniger Ungleichheit.

Eine Vielzahl von Maßnahmen sind hier anzudenken. Auf der steuerlichen Seite besteht besonderer Reformbedarf: Eine Vermögenssteuer auf hohe Vermögen könnte einen Beitrag leisten, das Aufgehen der Schere zwischen Arm und Reich zu bremsen. Die Einführung einer reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer mit Freibeträgen und einer Staffelung für nahe Verwandte könnte als Finanzierung der steigenden Kosten der Pflegeleistungen dienen. Unum-

gänglich sind auch eine umgehende Einführung der Finanztransaktionssteuer, die Regulierung des Finanzsektors, die Schließung von Steueroasen und effektive Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und -umgehung.

Zweitens braucht es einen Ausbau des Wohlfahrtsstaats und des Sozialsystems: Diese sind für die Beschränkung der Ungleichheit in Österreich unerlässlich. Zudem haben sie sich beim relativ glimpflichen Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise in Österreich als tragende Säulen der wirtschaftlichen Stabilität erwiesen. Der Zugang aller Bevölkerungsgruppen zum Gesundheits- und Bildungssystem ist essenziell für eine gerechte Verteilung von Lebenschancen. Vor allem bei Kinderbetreuung und Pflege besteht Nachholbedarf.

Drittens braucht es eine gerechtere Verteilung der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung: Der fallende Anteil von Arbeitseinkommen am gesamtwirtschaftlichen Einkommen kann nicht alleine durch steuerliche Maßnahmen wettgemacht werden. Es braucht Politiken, die eine Abkehr vom Shareholder-Value begünstigen, wie zum Beispiel niedrigere Ausschüttungen von Dividenden zugunsten von Realinvestitionen und Löhnen.

Dies begünstigt eine stabilere Entwicklung der Wirtschaft, trägt dazu bei, dass der Finanzsektor die ökonomische Entwicklung unterstützt anstatt sie zu dominieren, ermöglicht eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes und schützt die Demokratie vor ungesunder Vermögens- und Machtkonzentration.

Internet:

Unterlagen zur Haushalts-, Finanz und Konsumerhebung (HFCS):

Österreich:
www.hfcs.at

Eurozone:
tinyurl.com/bdt3lty

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorinnen
christa.schlager@akwien.at
miriam.rehm@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at



Eine Mehrheit sieht die österreichische Gesellschaft heute als eine „Pyramide“ – viele Menschen unten, wenige an der Spitze.